

Ortsamt Blumenthal

### **Protokoll über die öffentliche Sitzung**

**des Gremiums:** Beirat Blumenthal  
**am:** Montag, 12.10.2015  
**Ort:** Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,  
28779 Bremen

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.45 Uhr

#### **Sitzungsteilnehmer:**

Balz, Fritjof  
Bhandal, Petra  
Bienzeisler, Kay  
Dettmer, Brigitte  
Koch, Reinhold  
Krohne, Anke  
Meyer, Walter  
Pfaff, Andreas  
Pfeiff, Marcus  
Reimers-Bruns, Ute  
Riegert, Jutta  
Runge, Mark  
Schupp, Alex  
Schwarz, Ralf  
Thormeier, Hans-Gerd  
Weidemann, Susanne

Ortsamtleiter Peter Nowack, Vorsitz  
Verwaltungsbeamtin Heike Rohde, Protokoll

#### **Es fehlen:**

Thilo Bensch, entschuldigt

#### **Gäste:**

Cornelia Kühne, Team Kundenbetreuung, Hansewasser  
Dipl.-Ing. Thomas Möhring, Bereichsleiter Stadtreinigung-Nord & Technik, Stabsstelle  
Qualitätsmanagement, Umweltbetrieb Bremen  
Hartmut Cassens, stv. Leiter Revier Blumenthal

## Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19.05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzungen vom 07.09.2015 und vom 14.09.2015
3. (19:15 Uhr) Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers
4. (19:20 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a) Bürgerantrag: Finnbahn im Löh in einem Nutzer-verträglichen Zustand unterhalten
  - b) Bürgerantrag: Umzäunte Hundewiese auf der Bahrsplate errichten
  - c) Bürgerantrag: Verurteilung des Brandanschlags auf ein Blumenthaler Zeltquartier
  - d) Bürgerantrag zur künftigen Flüchtlingssituation in Blumenthal
6. (19:45 Uhr) Schlagregen und die Folgen für Kanalisation und Anwohner  
*dazu: Corneliä Kühne, Team Kundenbetreuung Hansewasser*
7. (20.30 Uhr) Standortkonzept des Umweltbetrieb Bremen (UBB)  
*dazu: Dipl.-Ing. Thomas Möhring, Bereichsleiter  
Stadtreinigung-Nord & Technik, Stabsstelle  
Qualitätsmanagement*
8. (21.00 Uhr) Änderung Geschäftsordnung – Beschlussfassung
9. (21:05 Uhr) Verkehrskonzept Blumenthal – Beschlussfassung
10. (21:20 Uhr) Änderung von Schuleinzugsgrenzen – Beschlussfassung
11. (21.25 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
  - a) BiW – Antrag zur Kaserne Schwanewede
  - b) Die Linke – Anfrage zum autofreien Sonntag
  - c) CDU – Antrag für eine Fußgängersignalanlage vor der Kita Farge-Rekum
  - d) CDU – Antrag Lichtsignalanlage an der Kreuzung Kreinsloger/ Eggestedter Straße/ Ermlandstraße
  - e) Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und FDP Verurteilung Brandanschlag
  - f) BIW – (Dringlichkeits-) Antrag: Distanzierung des Beirats von radikalen Formationen
  - g) Die Linke – Antrag: Verkehrskonzept abführende Straßen
  - h) Bündnis 90/Die Grünen – FDP – Die Linke: Gemeinsamer Antrag zum Verkehrskonzept
12. (21:45 Uhr) Verschiedenes

### **TOP 1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und fragt, ob die Tagesordnung wie vorliegend genehmigt wird.

Herr Koch möchte, dass der Antrag 11h unter TOP 9 behandelt wird.

Herr Bienzeisler beantragt eine Diskussion und Beschlussfassung zu möglicherweise befangenen Beiratsmitgliedern zu TOP 9.

Frau Krohne kündigt einen Antrag an, für den Fall, dass ein solcher Beschluss erfolgen sollte.

Herr Nowack erläutert, dass die unter TOP 11 aufgeführten Anträge passend zu den TOPs, in denen gleichlautende Themen behandelt werden, aufgerufen werden.

Zum Thema „Befangenheit“ wird er unter TOP 3a eine Erklärung abgeben, mit der sich möglicherweise der Antrag von Herrn Bienzeisler erübrigt, anderenfalls wird der Antrag unter TOP 9 behandelt.

Über die Tagesordnung mit den beantragten Änderungen wird abgestimmt.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Die Tagesordnung ist damit angenommen und wird entsprechend abgearbeitet.

### **TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzungen vom 07.09.2015 und vom 14.09.2015**

Zu den Protokollen gab es keine Einwände.

Über die Protokolle wird abgestimmt.

Ergebnis:

Protokoll vom 07.09.2015: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen.

Protokoll vom 14.09.2015: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen.

Beide Protokolle sind damit genehmigt.

### **TOP 3: Mitteilungen**

#### **a) aus dem Ortsamt**

#### **b) des Beiratssprechers**

a.

Herr Nowack berichtet:

- In der Sitzung des Zentrumsausschusses am 28.09.15 hat Frau Krohne beantragt, Herrn Kern für befangen zu erklären, weil dieser für sein Geschäft durch das Verkehrskonzept Vorteile erwarten könnte.

Herr Nowack hat dann – um die Abstimmung nicht zu gefährden – auch Frau Krohne und Herrn Bienzeisler aufgefordert, nicht an der Abstimmung teilzunehmen, weil es bei ihnen dann um die Aufwertung von Immobilien gehen könnte. Das Gesetz sagt dazu folgendes:

#### **§ 20**

##### **Mitwirkungsverbot**

- Ein Beiratsmitglied darf bei Angelegenheiten nicht beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihr oder ihm selbst, ihrem oder seinem Ehegatten, ihrer eingetragenen Lebenspartnerin oder seinem eingetragenen Lebenspartner, ihrem oder seinem Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihr oder ihm kraft Gesetz oder Vollmacht vertretenen Personen einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann.
- Wer annehmen muss, nach Absatz 1 oder 2 an der Beratung und Entscheidung gehindert zu sein, hat dies der Ortsamtsleitung mitzuteilen. Ob ein Mitwirkungsverbot besteht, entscheidet der Beirat.

Herr Nowack hat dann Herrn Bienzeisler, Herrn Kern und Frau Krohne angeschrieben und gebeten, ihm mitzuteilen, ob sie selbst der Auffassung sind, dass für sie ein Mitwirkungsverbot in Frage kommen könnte.

Alle drei haben dies verneint. Nach Prüfung des Sachverhaltes ist Herr Nowack zu dem Ergebnis gekommen, dass keiner von den genannten einen unmittelbaren Vorteil

erlangen kann und sich daher die Frage eines Mitwirkungsverbots (Befangenheit) nicht stellt.

Alle dürfen also an den Beratungen und Beschlussfassungen uneingeschränkt teilnehmen.

Nach dieser Erklärung verzichtet Herr Bienzeisler auf seinen Antrag aus TOP 1.

Frau Krohne erklärt, die Darstellung von Herrn Nowack sei nicht richtig, sie habe in der Ausschusssitzung lediglich gefragt, ob eine Befangenheit möglich sein könnte. Es sollte sich dabei nicht um einen Antrag handeln.

Herr Nowack erklärt dazu, er habe Frau Krohne drei Mal gefragt, ob ihr Anliegen ein Antrag sein solle und sie diesen aufrechterhalten möchte. Die Fragen seien drei Mal von Frau Krohne bejaht worden.

- In der Sprecherausschusssitzung am 05.10.2015 wurden folgende Fragen debattiert und entschieden:
  - Der Verkehrsanordnung für die Turnerstraße zwischen Neuenkirchener Weg und Schwaneweder Straße wurde zugestimmt. Dort soll Tempo 30 eingeführt werden.
  - Die Finanzierung des WiN-Gebietes Blumenthal wurde diskutiert und dazu wurde beschlossen:  
Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, dass die WiN-Mittel von 20.000 € jährlich für das WiN-Quartier Blumenthal auch für die kommenden Jahre bereitgestellt werden.
- Die Geschwindigkeitsmesstafeln werden künftig von der Feuerwehr Bremen aufgehängt.  
Um die Funktionsfähigkeit und die Möglichkeit von längeren Messeinheiten zu schaffen, sollte der Beirat die Beschaffung von Solarpanels entscheiden.
- Am 29. September hat Frau Senatorin Stahmann eingeladen, um mit Beiratssprechern und Ortsamtsleitern über die aktuellen Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu beraten.  
Auch in Blumenthal werden weitere Immobilien als Notunterkünfte geprüft. Allerdings hat sich Herr Nowack klar gegen die Nutzung weiterer Turnhallen ausgesprochen.
- Am ersten Oktoberwochenende fanden die Deutschen Meisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik in den Mannschaftswettbewerben Gymnastik und Tanz statt, die vom Blumenthaler TV ausgerichtet wurden.  
Der Blumenthaler TV bedankt sich für die finanzielle Unterstützung durch den Beirat.

b.

Frau Reimers-Bruns berichtet aus der Sitzung des Regionalausschusses am 29.09.2015. Zur Sprecherin des Ausschusses wurde Martina Weßling gewählt, zur stellvertretenden Sprecherin Frau Reimers-Bruns. Thematisch wurden dort u. a. der künftige Einsatz der Geschwindigkeitsmesstafeln sowie das Freizeit- und Naherholungskonzept vorgestellt. Schwerpunkt darin soll auch der Bunker Valentin als Bildungs- und Weiterbildungsort sein.

Außerdem hat eine Sitzung des Controlling-Ausschusses stattgefunden mit dem Ergebnis, dass für Blumenthal in 2016 ein Stadtteilkonzept unter der Federführung von Matthias Ehmke (Soziales) erarbeitet werden soll. Blumenthaler Bürger sind aufgefordert, sich darin einzubringen, ein Bericht von Herrn Ehmke dazu soll möglichst noch in der Beiratssitzung im Dezember 2015 erfolgen.

Im Folgenden gibt Frau Reimers-Bruns eine persönliche Erklärung ab (Tonbandmitschnitt):

*„Wir haben ja in der letzten Beiratssitzung jede Menge Beschlüsse gefasst, die teilweise auch noch in der Legislatur des vorigen Beirates Bestand hatten.[...] Zu diesen Beschlüssen gehört heute auch ein Punkt, das ist Tagesordnungspunkt 9, Verkehrskonzept Blumenthal. Es ist richtig, dass wir uns auch aus Gründen des Zeitdrucks auch damit beschäftigen müssen und diesen Beschluss heute fassen müssen, weil wir ja alle wollen, denke ich, dass wir Berücksichtigung finden – eben Blumenthal Berücksichtigung findet – in den Haushaltsberatungen, die dann demnächst im Senat und dann in der Bürgerschaft auch stattfinden werden. Was mir ganz besonders wichtig ist, es gab in der letzten Legislatur auch von Beiratsmitgliedern, die noch nicht Beiratsmitglieder waren, sondern jetzt Beiratsmitglieder sind, Äußerungen zu dem Verkehrskonzept, zu Einzelheiten des Verkehrskonzeptes, die nicht unbedingt in Übereinstimmung sich befinden mit dem, wie jetzt das Verkehrskonzept vorliegt und wie wir heute darüber beschließen werden. Ich möchte nochmal daran erinnern, dass wir alle, die wir hier sitzen, heute sind wir 16, dass wir unserem Gewissen verpflichtet sind und dass wir Entscheidungen auch treffen können eben auch aufgrund dessen und von keinem anderen Beweggrund uns leiten lassen sollten, eine Entscheidung zu treffen und abzustimmen. Das wollte ich nochmal als Abschluss sagen, ich danke für die Aufmerksamkeit.“*

Herr Thormeier berichtet aus der Beiratssprechstunde am 23.09.2015. Es habe viel Besuch von Bürgern gegeben und die Sprechstunde sei ein guter Erfolg gewesen. Aus dem Beirat waren er selbst, Frau Reimers-Bruns und Frau Krohne anwesend.

Aufgenommen wurden mehrere Beschwerden über vermehrt aufkommenden Sperrmüll in der Kapitän-Dallmann-Straße und über zu wuchernde Rad- und Fußwege. Wegen des Sperrmülls wird Herr Cassens gebeten, die Polizei dort mehr nach dem Rechten sehen zu lassen.

Angeregt wurde auch, die Papierkörbe am Buschdeel zum Weserufer mit Deckel auszustatten bzw. die Körbe ganz zu entfernen, da sich bei Hochwasser der Unrat in den anliegenden Gärten verteilt. Möglicherweise könnten in 2016 Globalmittel zur Finanzierung eingesetzt werden.

Die Anwohner der Turnerstraße sprechen sich für die Errichtung eines Zebrastreifens kurz vor der Bushaltestelle an der Ecke Neuenkirchener Weg aus. Herr Thormeier schlägt vor, diese Idee zu einem Beiratsantrag zu erheben. Die Beiratsmitglieder signalisieren Zustimmung. Dem Vorschlag von Herrn Koch, zuvor eine Ortsbesichtigung zu initiieren, um konkret sagen zu können, wo und wie der Zebrastreifen errichtet werden soll, wird eine Absage erteilt. Herr Thormeier macht deutlich, dass der genaue Errichtungspunkt Sache des Amts für Straßen und Verkehr (ASV) sei und die in Frage kommende Strecke maximal 20 m lang sei. Herr Koch meint, die Örtlichkeit sei nicht jedem bekannt, er möchte die Sache zwar nicht in die Länge ziehen, aber gründlich machen. Zudem sollte nicht das Amt aussuchen, wo ein Zebrastreifen angebracht werde, sondern der Beirat vor Ort entscheiden.

Herr Schwarz widerspricht und erklärt, zusätzlich zum ASV würde auch die Polizei zwecks Stellungnahme befragt werden und die Entscheidung letztlich bei den Sachbearbeitern liegen, die sich auskennen. Herr Schupp bekräftigt diese Aussage.

Frau Reimers-Bruns bittet zu beschließen, die Details würden später noch vorgestellt. Trotzdem er die Bedenken der Grünen teilt, möchte auch Herr Balz den Antrag heute noch auf den Weg bringen.

Bürgerin A ist Anwohnerin der Turnerstraße und schätzt es so ein, dass die Anwohner die wohl größte Fachkompetenz mitbringen und wissen, wie gefährlich die jetzige Situation ist. Bürger B ergänzt, seiner Ansicht nach sei perspektivisch eine Ampel notwendig, ein Zebrastreifen könne nur ein Anfang sein. Er verweist auf die zum Teil gehandicapten Schulkinder, die dort ihren täglichen Schulweg haben.

Bürger C erlebt dort ebenfalls ein tägliches Verkehrschaos und ist froh, dass es bisher keine Toten und Verletzten gegeben hat.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Herr Nowack gibt zu Bedenken, dass es bisher keinen Beschluss zur Einrichtung einer Beiratssprechstunde und an das Ortsamt, dafür Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, gegeben habe. Er macht deutlich, dass das Rathaus ein Verwaltungsgebäude ist, in dem verwaltungsfremde Personen sich nicht alleine aufhalten dürfen. Da es sich bei einer Beiratssprechstunde um eine öffentliche Veranstaltung handelt, müssen gewisse Formalien geklärt werden, unter anderem auch die Frage, wer an der Sprechstunde teilnehmen soll. Im Rathaus ist zudem die Barrierefreiheit nur im Erdgeschoss gegeben, dieses ist aber nach Auszug des Jobcenters nicht mehr möbliert.

Herr Thormeier verweist auf eine interfraktionelle Abstimmung zur Einrichtung einer Beiratssprechstunde, stimmt aber zu, dass es bisher keinen offiziellen Beschluss gegeben habe. Sollte das Rathaus nicht mehr zur Verfügung stehen, könne man möglicherweise in den Quartierstreff ausweichen.

Herr Balz konkretisiert, dass an der Beiratssprechstunde nicht nur die Beiratssprecherin und der stellvertretende Beiratssprecher, sondern immer auch Vertreter der anderen Fraktionen teilnehmen sollen.

Frau Reimers-Bruns schließt sich Herrn Thormeier an und ergänzt, dass die erste Sprechstunde in einer sehr freundlichen und sachlichen Atmosphäre stattfand.

Es wird folgender Antrag gestellt:

„Der Beirat Blumenthal bittet das Ortsamt, Räumlichkeiten für regelmäßig monatlich stattfindende Beiratssprechstunden im Erdgeschoss des Rathauses zur Verfügung zu stellen. An der Sprechstunde sollen die Beiratssprecherin, der stellvertretende Beiratssprecher und Vertreter weiterer Fraktionen teilnehmen.“

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

#### **TOP 4. Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Frau Krohne weist darauf hin, dass noch Antworten zu folgenden Anträgen bzw. Themen ausstehen:

- Personalbesetzung des Sozialamtes
- Tanklagerbesichtigung
- Fahrt zu einer Partnergemeinde im Osten im Jahr 2014
- Hausärztliche Versorgung in Blumenthal

und fordert auf, diesbezüglich nachzuhaken.

Herr Schwarz erklärt, die Gaspumpstation in Farge neben der Feuerwehr sei mit Graffiti verunstaltet worden. Er bittet das Ortsamt, mit der SWB Kontakt aufzunehmen und zu klären, ob die Außenfassade gereinigt und anschließend mit einem grünen Wandbewuchs oder Werbetafeln gestaltet werden könne bzw. ob es weitere Möglichkeiten gibt, die Fassade künftig zu schützen..

#### **TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

- a. **Bürgerantrag: Finnbahn im Löh in einem Nutzer-verträglichen Zustand unterhalten**
- b. **Bürgerantrag: Umzäunte Hundewiese auf der Bahrsplate errichten**
- c. **Bürgerantrag: Verurteilung des Brandanschlags auf ein Blumenthaler Zeltquartier**
- d. **Bürgerantrag zur künftigen Flüchtlingssituation in Blumenthal**

Vorab gibt Herr Nowack einen kurzen Rückblick auf einige Bürgeranträge der letzten Sitzung:

Antrag Frau XXX wegen des Geländers an der Treppe zum Klinikum Bremen-Nord Am Forsthaus: Es gab eine gemeinsame Begehung mit den Umweltbetrieben, dem KOP und der Leitung des Klinikums.

Es wurde entschieden, dass das Klinikum beidseitig Handläufer anbringt.

Antrag Initiative Alt-Blumenthal: Standortwechsel für die Statue „Sir Charles“:  
In die Entscheidung für den Standort muss zunächst noch einmal die Wirtschaftsförderung Bremen einbezogen werden.

a. Bürgerantrag: Finnbahn im Löh in einem Nutzer-verträglichen Zustand unterhalten

Der Antrag wurde bereits im Sprecherausschuss diskutiert. Im Ergebnis sollen die Ressorts aufgefordert werden, die Zuständigkeit zu klären, die entstehenden Kosten möglicherweise zu teilen, aber endlich tätig zu werden. Der Antragsteller bekräftigt die im Herbst durch Regen und Laub verschärfte Situation. In den letzten Jahren habe die LG Nord für die Reinigung der Bahn gesorgt, inzwischen aber die Vereinbarung dazu aufgekündigt.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

b. Bürgerantrag: Umzäunte Hundewiese auf der Bahrsplate errichten

Der Antrag wurde bereits im Sprecherausschuss vorberaten.

Der Beirat grundsätzlich die Idee zur Umsetzung und Einrichtung einer Hundefreilauffläche in Blumenthal, hält jedoch die Bahrsplate für nicht geeignet. Vorschlag eines weiteren Bürgers dazu war, die Fläche an der Kreinsloger zwischen Tennishalle und Kreinsloger als mögliche Hundefreilauffläche in Betrachtung zu ziehen.

Zur Startfinanzierung wäre der Beirat bereit, aus Stadtteilmitteln einen Betrag zur Verfügung zu stellen.

Bevor der Beirat jedoch weitere Maßnahmen ergreift, erbittet er Informationen darüber,

- wie groß eine solche Fläche sein müsste,
- wie hoch und was für ein Zaun errichtet werden müsste,
- wie viele Mülleimer angebracht werden müssten,
- ob Bänke erforderlich sind,
- wer für die Unterhaltung einer solchen Fläche zuständig wäre und
- wer die Finanzierung der Fläche und die laufenden Unterhaltungskosten übernehmen würde bzw. wer grundsätzlich für die Fläche zuständig wäre.

Nach Erhalt dieser Informationen soll erneut über den Antrag gesprochen werden.

c. Bürgerantrag: Verurteilung des Brandanschlags auf ein Blumenthaler Zeltquartier

Zu diesem Antrag sollen die Anträge unter

TOP 11 e (Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und FDP: Verurteilung Brandanschlag)

und 11 f [BIW – (Dringlichkeits-) Antrag: Distanzierung des Beirats von radikalen Formationen]

mit diskutiert werden.

Bei Antrag 11 f muss zunächst über die Dringlichkeit entschieden werden.

Es folgt die Abstimmung über die Dringlichkeit.

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Die Dringlichkeit findet damit keine Mehrheit, der Antrag wird regulär in der nächsten Beiratssitzung behandelt.

Im Folgenden wird über Antrag 11 e als der weiterreichende diskutiert.

Herr Pfeiff erklärt, es habe mittlerweile über 500 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland gegeben. Der vorliegende Antrag spreche für sich, nachdem es auch in Blumenthal einen Anschlag gegeben habe. Er freue sich, dass sich die anderen Fraktionen dem ursprünglichen SPD-Antrag angeschlossen haben.

Herr Balz erklärt, er habe in der letzten Woche vom Staatsschutz erfahren, dass es noch keine Indizien dazu gebe, ob es sich bei dem Blumenthaler Anschlag um einen fremdenfeindlichen Anschlag handele oder ob der Anschlag als eine einfache Brandstiftung als Kinderstreich oder evtl. auch aus linksmotivierter Kraft entstanden ist, um damit den Eindruck zu erwecken, dass in Blumenthal Fremdenfeindlichkeit herrsche. Zwei Tage nach dem Anschlag habe die Antifa eine Demonstration im Stadtteil abgehalten. Diese Organisation sei bekannt für diverse Gewaltausbrüche und der Anschlag ihr auch zuzutrauen. Er findet nicht, dass Blumenthal als fremdenfeindliches Territorium dastehen sollte. Auch die Äußerung zur „geistigen Brandstiftung“ hält er für eine Diffamierung.

Herr Thormeier meint, es sei unerheblich, ob der Anschlag rechts oder links motiviert war. Der Anschlag insgesamt sei zu ächten. Tenor des Antrags sei „Wehret den Anfängen“.

Herrn Pfeiff interessiert, wen Herr Balz denn sonst für den Verursacher des Anschlags halte angesichts 500 fremdenfeindlicher Anschläge im Jahr 2015 in Deutschland. Kürzlich habe es eine Einlassung eines Parteikollegen bzw. Ghostwriters von Herrn Balz auf der SPD-Fraktionsseite gegeben, wonach dieser zu der Vermutung kam, dass es sich bei den Tätern um eine paramilitärische Antifa-Truppe der SPD handele. Vielleicht könne Herr Balz dies noch einmal erklären.

Herr Meyer findet es traurig, sich über den Antrag zu streiten. Es gibt beiden Seiten Recht, es stehe nicht fest, wer hinter dem Anschlag stecke. Der Antrag sei ein Statement der meisten Fraktionen, welches er gut finde.

Herr Balz erwidert Herrn Pfeiff, dass durch die Anfrage der Bremer Bürgerschaft ganz klar gesagt wurde, dass Bremen 45.000,00 Euro, also die Landesregierung - SPD und Grüne – an Pro Aktiv gegen Rechts bezahle, welche wiederum auch in die Gruppierung Antifa involviert sei. Deren Straftaten sollten nicht heruntergespielt werden. Man habe im Wahlkampf gesehen, zu welchen Gewalttaten diese bereit seien, z. B. Brandanschläge auf Autos. Diese Gewalttaten müsse genauso im Auge behalten werden, wie die rechte. Die BIW habe sich ganz klar von rechter Gewalt distanziert, aber man möge sich im gleichen Tenor auch von linker Gewalt distanzieren. Von dieser würden immer wieder Straftaten initiiert, um diese „rechts“ wirken zu lassen und selber als gut dazustehen.

Herr Thormeier fragt den Antragsteller des Bürgerantrags, ob dieser sich mit seinem Antrag dem Antrag der Fraktionen anschließen könne. Der bejaht dies prinzipiell. An Herrn Balz gewandt erklärt Herr Thormeier, dass es richtig sei, dass Gewalt immer schlecht sei und deswegen im Antrag auch nicht die Rede von rechter oder linker Gewalt sei.

Frau Reimers-Bruns wendet sich an Herrn Balz und erklärt, alle, die sich dem Antrag angeschlossen hätten müssten sich dagegen verwahren, dass Herr Balz behauptet, dass die Rot-Grüne Regierung in Bremen Gewalt finanziere. Dies sei vollkommen abwegig und die Äußerung unmöglich und eine Frechheit. Die Fraktionen seien gut beraten gewesen, Herrn Balz nicht noch einmal zu fragen, ob er sich dem Antrag aller anderen anschließen könne.

Herr Pfeiff ergänzt, dass aber richtig sei, dass Herr Balz dubiose Dinge auf Facebook poste. Und damit käme er zu der „geistigen Brandstiftung“. Über die Distanzierung von Herrn Balz gegen „Rechts“ könne er nur lachen. Er zitiert einige Facebook-Einträge:

„Lügen, Lügen, Lügen – die wahren Gesichter der Einwanderer.“

„ Ein You-Tube-Film von Deutschen Patrioten, mit eisernen Kreuzen gekennzeichnet“.



„Weltverschwörungstheorien, dass die Flüchtlinge von der US-Armee mit Waffen versorgt würden“ und andere Beiträge.

Herr Pfeiff fordert Herrn Balz auf, ihn und andere auf die Facebook—Seite Rekumer Straße 12 – nicht mit uns“ zu lassen, um zu sehen, was dort unter den Mitgliedern diskutiert wird.

Frau Riegert bekräftigt, dass es egal sei, woher Gewalt käme und es auch den Bürgern in Wut gut anstände, sich dem Antrag anzuschließen um zu zeigen, dass diese es wirklich ernst meinten.

Herr Koch verweist auf den gemeinsamen Satz „Wir sind entsetzt über diesen Brandanschlag“ und dass es an der Zeit sei, Zeichen zu setzen. Wenn er dann höre, das könnten „Dumme-Jungen-Streiche“ sein, dann handele es sich um eine nicht hinzunehmende Verniedlichung. Bei 500 Anschlägen in Deutschland schätzt er den Anteil, der von rechtsradikaler Seite kommt auf 90 %. Mit dem Antrag würde „klare Kante“ gezeigt und die Willkommensinitiativen wertgeschätzt.

Bürger E meint, wenn der BIW vorgeworfen werde, dass sie rechts stehe, müsse man auch SPD-Mitglieder verurteilen, die sich in dem Dunstkreis der Facebook-Gruppe des rechten Spektrums „Schwanewede redet Klartext“ bewegen.

Herr Nowack fühlt sich angesprochen und erklärt, er sei Mitglied dieser Gruppe, weil er gerne weiß, was dort gesprochen wird. Ihm „schwelle dabei nicht nur der Kamm“.

Herr Balz wendet sich an Herrn Koch und dessen Einschätzung, dass 90 % aller Brandanschläge von rechtsradikaler Seite kämen. Herr Koch möge überlegen, wie viele Brände statistisch gesehen entstanden seien durch die Bewohner. Das sei auch eine ganz große Menge. Nicht jeder Brand – der ohne Frage absolut zu verurteilen sei – entstehe aus politisch motivierten Gründen. Manchmal seien auch Bürger, die Angst hätten und mit der ganzen Situation nicht zurechtkämen, die Verursacher. Dabei handele es sich um Kurzschlussreaktionen, die mit politischen Sachen nichts zu tun hätten. Also gelte es, die Bevölkerung wieder zu beruhigen und das gehe nicht, indem man alles schön rede, sondern die Fakten müssten auf den Tisch gelegt werden.

An Herrn Pfeiff gewandt nimmt er Bezug auf das Video. Selbst wenn darin ein „Eisernes Kreuz“ auftauchen würde, handele es sich dabei nicht um ein staatsfeindliches Ding. Wenn Herr Pfeiff in die Gruppe möchte, könne er gerne rein. Herr Pfeiff sei aber nicht der Fach-Brandermittler vom Dienst. Herr Pfeiff möge aufhören mit den Vorwürfen, die BIW hätte Leute dazu aufgerufen, irgendwelche Gebäude in Brand zu stecken. Dies sei eine Verleumdung.

Herr Nowack zeigt einige Screenshots, die man in der Gruppe sieht, wenn man dort Mitglied ist. Er erzählt von Äußerungen „dass Leute, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden, solange noch keine Leute drin sind, einen Orden kriegen müssten“ und anderes. Er mache von diesen Dingen Screenshots und leite diese weiter an den Verfassungsschutz.

Bürger B meint, vor einem Jahr habe Herr Balz Stimmung entfacht gegen die Jugendlichen in der Rekumer Straße. Es wurde regelrecht gehetzt. Der Wahlkampf der BIW mit dem Slogan „Vollzug statt schöner Wohnen“ sei für ihn Volksverhetzung. Er sei Teil der antifaschistischen Fraktion und oft bei Demonstrationen für Solidarität mit Flüchtlingen dabei. Als er von einer „Bürgerwehr“ gehört habe, die gegründet wurde, hätte er sich eine sofortige Demonstration für mehr Solidarität gewünscht.

Bürger F als Antragsteller des Bürgerantrags meint, Herr Balz sei ein klassisches Exemplar eines geistigen Brandstifters, der mit sogenannten zivilen Tönen versuche, Anhänger zu sammeln. Er sei bei dessen Versammlungen anwesend gewesen, diese seien von Hass geprägt und menschenverachtend gewesen, gemäß dem St.-Florians-Prinzip „zünde das Haus meines Nachbarn an aber lass meins in Ruh“, welches leider bundesweit um sich greife. In Bremen-Nord dürfe es nicht soweit kommen. Eine Bürgerwehr gelte es entschieden

zu bekämpfen, das staatliche Gewaltmonopol dürfe nicht angetastet werden. Eine Bürgerwehr sei eine Ermutigung, mit der Gewalt fortzufahren. Mit dem Antrag der Fraktionen sei er einverstanden.

Bürger G berichtet, er habe sich in Schwanewede mit der Security und einigen Bürgern unterhalten. Damit wurde ihm fast wörtlich gesagt, man habe am meisten Angst vor den Leuten, die nachts mit einem Pitbull durch die Gegend laufen. Gemeint sind damit die Leute, die meinen, sie müssten Bürgerwehr spielen. So etwas wolle man in Bremen-Nord nicht haben. Zudem habe man hier jetzt schon eine halbe Stunde über „Herrn Balz & Co.“ geredet, damit würden diese Leute nur aufgewertet, das müsse nicht sein. Die Facebook-Seiten zeugten von großer Ignoranz, das sei etwas, was Bremen-Nord nicht auszeichnen sollte. Er fordert die Beiratsmitglieder und die Bürger auf, so abzustimmen, wie sie selber es wollten. Keiner müsse diese Leute wählen.

Herr Balz wendet sich an Bürger F und dessen Aussage zum St.-Florians-Prinzip. Wenn es sich um Reihenhäuser handele, wäre es egal, welches Haus brennen würde. Wenn das Nachbarhaus brenne, brenne das eigene Haus auch mit ab. Zur Unterstellung von Bürger G, das man gemeinsam mit dem Schwanewedern auf Patrouille gehe, fragt er, wie dieser darauf komme, dass er mit Rechtsradikalen zusammen auf die Straße gehe, das sei völliger Blödsinn. Zu den Veranstaltungen in Farge – da ginge es um kriminelle Jugendliche, die ihre Kriminalität letzte Woche wieder bewiesen hätten, als sie einer Frau die Kette vom Hals gerissen hätten. Es wäre doch Aufgabe zu sagen, dass man keinen freien offenen Vollzug in Farge haben wolle. Das hätte nichts mit Rechtsradikalismus zu tun. Die Unterstellung, er wäre ein Brandstifter sei völliger Schwachsinn und reine Polemik.

Herr Meyer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass Thema zu beenden. Herr Nowack weist darauf hin, da Herr Meyer bereits selber zur Sache gesprochen habe, könne er diesen Antrag nicht stellen. Er fragt, ob es in Ordnung sei, wenn die Rednerliste nun geschlossen werde und Herr Pfeiff das letzte Wort habe. Damit sind alle einverstanden.

Herr Pfeiff meint, die 500 Brandanschläge seien seinen Informationen nach in der Mehrheit von Facebook-Mitläufern begangen worden, die sich jung und unerfahren auf diese Seiten rumtreiben würden und sich anstacheln und aufheizen lassen würden. An Herrn Balz gewandt fragt er, wie dieser zu der Behauptung auf Facebook käme, dass der erwähnte Goldkettenraub von einem Kannenberg-Jugendlichen begangen wurde, und das aufgrund einer „Ähnlichkeit“, die lediglich Herr Balz festgestellt habe. Das sei eine Vorverurteilung, die Herrn Balz nicht zustehen würde.

Über den Antrag 11e wird abgestimmt.  
Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.  
Der Antrag ist damit angenommen.

#### d. Bürgerantrag zur künftigen Flüchtlingssituation in Blumenthal

Der Antrag ist sehr kurzfristig im Ortsamt eingegangen. Einstimmig wird daher beschlossen, der bisherigen Gepflogenheit entsprechend den Antrag vorerst in den Sprecherausschuss verwiesen.

#### Mündliche Bürgeranträge:

Herr Kunick (Sachkundiger Bürger) stellt den Antrag, das 200 € aus den Globalmitteln zur Verfügung gestellt werden, damit die straffällig gewordenen jugendlichen Flüchtlinge aus der Rekumer Str. 12 in Bremen Farge (Projekt Kannenberg), im Rahmen von abzuleistenden Sozialstunden Graffiti's sowie Aufkleber der Farger Ultras in Begleitung und überwacht durch die Polizei von Brücken, Straßenlaternen und Haltestellen entfernen! Das Geld soll für die Bereitstellung von Warnwesten, Spachteln, Lösungsmitteln und frischer Farbe eingesetzt werden.

Zudem regt er an und bittet den Beirat um Unterstützung dafür, an einem noch festzulegenden Tage in diesem Jahr 2015 (Vorschlag: Sa. 21. November / also in knapp 6 Wochen) eine allgemeine Müllentsorgungs- und Säuberungsaktion mithilfe der Blumentaler Bürger, Ihren Vereinen und Kirchen, unter dem Motto:

„Blumenthal trifft sich. zeigt Gesicht und räumt auf!“ zu organisieren. Diese Aktion könnte von einem großen Friedens-, Diskussions- und Bürgerfest der Vereine und Institutionen begleitet sowie abgerundet werden. Mittel für entsprechende Aktionen und Feste können durch eine Bewerbung um Projektmittel, welche für Aktionen gegen Rechtsextremismus vom Bundesministerium für Familie und Soziales für Blumenthal bereitgestellt und für das Jahr 2015 ausgeschrieben worden sind (30.000 €), finanziert werden – siehe dazu die Homepage des Orsamtes Blumenthal! Er selbst habe für die Planung eines entsprechenden Blumenthaler Aktiv-Bürgerfestes eine Projekt- und Vernetzungsgruppe ins Leben gerufen und fordert andere Bürger und Vereine ebenfalls zu solchen Schritten auf.

Herr Nowack fragt, ob der Antrag zunächst im Sprecherausschuss behandelt werden soll. Herr Balz möchte wissen, ob der Bürgerantrag beinhaltet, dass alle politisch motivierten Schmierereien gemeint sind.

Herr Kunick antwortet, dass es erstmal um rechts-motivierte Gewalt gehe.

Frau Riegert beantragt, heute über den Bürgerantrag abzustimmen.

Herr Meyer meint, wenn, dann müssten alle Schmierereien entfernt werden, egal von wem sie stammen.

Herr Thormeier pflichtet ihm bei, dass grundsätzlich alle Schmierereien entfernt gehören. Trotzdem möchte er den Bürgerantrag in den Sprecherausschuss vertagen, um dort den Ablauf zu organisieren.

Herr Koch signalisiert Zustimmung zum Antrag, wenn alle Graffitis beseitigt werden sollen, meint allerdings, dass 200 € zu knapp gerechnet seien. Auf jeden Fall sollten die Dinge, die den Flüchtlingen ins Gesicht schlagen, entfernt werden.

Frau Krohne spricht sich für eine Behandlung des Antrags im Sprecherausschuss aus, versteht allerdings nicht, warum die Jugendlichen aus der Rekumer Straße die Graffitis entfernen sollen.

Herr Nowack lässt über den Antrag von Frau Riegert abstimmen.

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Bürgerantrag wird somit in den Sprecherausschuss verwiesen.

Bürger D fragt nach seinen drei Bürgeranträgen aus der letzten Sitzung.

Herr Nowack antwortet, an denen werde noch gearbeitet, es werde irgendwann eine Antwort geben.

## **TOP 6: Schlagregen und die Folgen für Kanalisation und Anwohner**

**dazu: Cornelia Kühne, Team Kundenbetreuung Hansewasser**

Herr Nowack informiert darüber, dass dieser TOP aufgrund der Situation der Straße „An de Deelen“ nach dem letzten Starkregen aufgegriffen wurde. Dort ist die Situation des Öfteren so, dass die Straße nach Starkregen unter Wasser steht.

Einleitend erläutert Frau Kühne, dass die hanseWasser GmbH – obwohl GmbH – hoheitlich beliehen und daher als Behörde tätig ist.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zum Protokoll*) erklärt sie, dass Bremen-Nord im Vergleich zum Stadtgebiet in einer Höhe von 23 Metern liege und deswegen dort Pumpwerke installiert sind. Bei den Kanälen handelt es sich entweder um ein Zwei-Kanal-System, in dem Regenwasser und Schmutzwasser getrennt abgeleitet werden oder um ein Ein-Kanal-System (Mischwassersystem). Das Regenwasser wird in der Regel in die Weser abgeleitet.

In den letzten Jahren nimmt die Intensität der Starkregen zu. Leider sind die Schauer örtlich oft nur punktuell und der hanseWasser nicht bekannt. Man sei daher auf Hinweise der Bürger angewiesen.

Der Durchmesser der Kanäle ist bundesweit genormt. Da es sich in Bremen nicht um ein Drucknetz handele, sondern das Netz nur Öffnungen zum Ableiten habe, gebe es in Lastfällen Probleme, das Regenwasser abzuleiten. Frau Kühne bittet die Bürger es zu melden, wenn es Probleme gebe. Die hanseWasser bietet gerne auch Beratungen vor Ort an.

Es folgt eine Diskussionsrunde. *(Anm.: Zur besseren Übersicht werden die Antworten von Frau Kühne im Protokoll den Fragen angegliedert; während der Sitzung wurden die Fragen gesammelt und anschließend beantwortet).*

Herr Schwarz hat folgende Fragen:

a. Wurde das Kanalnetz in der Straße „An de Deelen“ in der Vergangenheit auf Schäden überprüft? Handelt es sich um ein altes System?

Antwort:

Das Kanalsystem wird im Schnitt alle 10 Jahre untersucht. Eine Reinigung erfolgt regelmäßig. Die hanseWasser verfolgt ein Sanierungskonzept, in dem die Schäden der Kanäle klassifiziert sind. Wenn vorher Reparaturbedarf besteht, wird diese angesetzt. Die Finanzierung der Sanierungen erfolgt über die Entwässerungsgebühren.

b. Wie wird die Aufnahmekapazität bemessen, wenn beispielsweise neue Häuser in einer Straße dazukommen?

Antwort:

Die Kanäle werden nicht für einzelne Häuserzahlen berechnet. Für die Berechnung nimmt man von vornherein Einzugsgebiete, die auf Bebauungsplänen basieren.

c. Wann war die letzte Befahrung „An de Deelen“? Möglicherweise sei eine Versackung entstanden.

Antwort:

Eine Versackung wäre sichtbar. Wenn die hanseWasser Hinweise bekäme, wird nachgesehen.

Herr Schupp hat folgende Fragen:

a. Werden Kanalsysteme für Schmutz- und Oberflächenwasser grundsätzlich getrennt oder gibt es auch weiterhin Mischwasserkanäle?

Antwort:

Es gibt beides. Dort, wo Mischwasser- oder getrennte Kanäle liegen, bleiben sie auch liegen.

b. Sind die bei Schlagregen anfallenden Wassermengen bei der Auslegung der Kanalquerschnitte berücksichtigt worden um einen Rückstau im Kanal zu vermeiden?

Antwort:

Die Kanalquerschnitte sind bundesweit genormt.

c. Wie stellt sich die Situation im Gebiet der Wifo-Siedlung einschließlich der Schule an der Eggstedter Straße dar?

Antwort:

Dort liegt ein Mischsystem.

d. Sind ein gemeinsamer Trinkwasser- und ebenfalls ein gemeinsamer Anschluss für Schmutzwasser bei Doppelhaushälften erlaubt?

Antwort:

Ja, ein gemeinsamer Anschluss ist erlaubt, muss aber gesichert werden. Am Besten erfolgt dies durch die Eintragung einer Baulast.

e. Wer kommt bei Trennung der Systeme bei dieser ehemaligen Bundesimmobilie für die Kosten auf? Es gibt seit Jahrzehnten wegen der ungelösten Probleme nachbarschaftliche Zwistigkeiten!

Antwort:

Die Zwistigkeiten sind bekannt. Es gibt keinen Anspruch auf eine eigene Entwässerung, wenn bisher gemeinsam entwässert wurde. Wenn dies gewünscht wird, dann nur auf eigene Kosten. Oft wurde ursprünglich ein Antrag auf gemeinsame Entwässerung gestellt.

f. In der Gösperstraße wurde die Straße mit neuen Kanalrohren versehen. Sind die Vorgaben des § 12 des Bremer Entwässerungs-Ortsgesetzes berücksichtigt worden?

Antwort:

Ja. Dort liegt ein spezieller neuer Kanal, der überwacht wird durch eine elektrische Leithülle, die Leckagen anzeigt.

g. Wie können bei separat angelegten Schmutzwasserkanälen Geruchsbelästigungen durch Faulprozesse im Rohrsystem vermieden werden und warum werden die Rohre nicht mit Weserwasser gespült?

Antwort:

Wenn es riechen sollte, ist dies ein Zeichen, dass der Kanal gespült werden muss, da dies ein Zeichen von Verstopfung ist. Die Spülwagen haben ein spezielles Spülsystem mit extra Kammern, das extrem effektiv ist. Die ständige Beladung mit Weserwasser wäre ineffizient.

h. Werden im Klärwerk Farge chemische Stoffe verwendet?

Antwort:

Nein. Chemische Stoffe werden durch die heutige Weiterentwicklung nicht mehr benötigt. Die Aufgaben werden durch Bakterien übernommen.

i. Wohin wird das Regenwasser geleitet?

Antwort:

Es gibt unterschiedliche Auslässe in die Aue und in die Weser.

j. Die Aue läuft durch das Wasserschutzgebiet..

Antwort:

Wenn es zu Unfällen kommt, gibt es Informationen von der Polizei oder Feuerwehr. Es werden sofort Sperren gelegt. Sollte es zu Beeinträchtigungen kommen, wird Wasser abgesaugt.

Herr Koch hält Trennsysteme für etwas ökologischer als Mischsysteme, da damit die Belastung der Klärwerke nicht so hoch wäre.

Er hat folgende Fragen:

a. Läuft nicht alles irgendwo wieder zusammen?

Antwort:

Nein, es handelt sich um getrennte Systeme. Schmutzwasserkanäle und Mischwasserkanäle führen zur Kläranlage. Bei reinen Regenwasserkanälen gibt es keine Vermischung.

b. „Keiner hat Anspruch auf einen eigenen Anschluss“ – zu dieser Aussage bittet er um Erläuterung.

Antwort:

Bei gemeinsamer Entsorgung gibt es keinen Anspruch auf eine eigene Entwässerung Einzelner, wenn bisher gemeinsam entwässert wurde. Wenn dies gewünscht wird, dann nur auf eigene Kosten.

c. Herr Koch fehlen Informationen zu Rückstauklappen.

Antwort:

Informationen zu Rückstauklappen finden sich auf der Internetseite von hanseWasser.

d. Welche Dimensionen gibt es für die Kanalröhren?

Antwort:

Die Rohrweiten gibt es in den Größen von DN200 als kleinste Form (20 cm Durchmesser) bis zu DN3200 als größte Form (Durchmesser 3,20 m). In der Regel sind die Kanäle in Wohnstraßen kleiner dimensioniert als in Hauptstraßen.

e. Haben die Bewohner „An de Deelen“ eine Chance, aus ihrer Misere herauszukommen? Kann evtl. jeder selber dazu beitragen, dass die Versickerung auf seinem Grundstück besser funktioniert?

Antwort:

Die Versiegelung von Grundstücken und Garageneinfahrten trägt durchaus zur mangelnden Versickerung bei. Die hanseWasser berät gerne vor Ort.

Herr Balz erklärt, „An de Deelen“ würden bei jedem Starkregen die Straße unter Wasser stehen und die Häuser volllaufen.

Er fragt

a. ob es einen Plan gibt, dem entgegenzuwirken, z. B. in dem die Fließgeschwindigkeit erhöht wird.

Antwort:

Der hanseWasser ist nicht bekannt, dass es „An de Deelen“ in die Häuser einregnet. Es habe bisher keine Bürgeranfragen aus Blumenthal gegeben.

Die Fließgeschwindigkeit zu erhöhen sei schwierig, da das Wasser langsam laufen müsste, um von den Gullys erfasst zu werden. Es seien aber weitere Maßnahmen in Prüfung.

b. Am Rekumer Mühlenberg gebe es einen ähnlichen Fall, die dortigen Häuser seien umgeben von Feldern und die Kanäle außer Betrieb. Es gebe dort vermehrte Vorfälle, durch einen Neubau gebe es nun noch mehr verfestigte Fläche. Ist dort etwas geplant?

Antwort:

Am Rekumer Mühlenberg sind bisher keine Probleme bekannt. Es sei dort zudem nur ein Schmutzwasserkanal gelegt worden und kein Regenwasserkanal. Frau Kühne gibt dies weiter an den dortigen Bauleiter.

Herr Thormeier meint, viele Gullys seien dicht, weil darin Müll entsorgt werde. Öffentliche Teile der Straßen würden oft nicht gereinigt werden. Er möchte wissen, ob das kontrolliert wird.

Antwort:

hanseWasser ist für die Gullys nicht zuständig. Die Gullyreinigung erfolgt über Dienstleister des ASV.

Bürger H fragt, ob die vielen Fragen wirklich in der Beiratssitzung diskutiert werden müssen. Es sei schon spät und es gebe noch mehr TOPs, die er gerne hören würde.

Frau Kühne gibt abschließend bekannt, dass viele Informationen auf der Internetseite (<https://www.hansewasser.de>) von hanseWasser zu finden seien.

## **TOP 7: Standortkonzept des Umweltbetrieb Bremen (UBB)**

**dazu: Dipl.-Ing. Thomas Möhring, Bereichsleiter Stadtreinigung-Nord & Technik, Stabsstelle Qualitätsmanagement**

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage zum Protokoll*) erklärt Herr Möhring die Entwicklung eines Standortkonzeptes des Umweltbetriebs Bremen (UBB). Im Jahr 2010 habe man sich angesehen, wie viele Betriebs-Standorte des UBB es in Bremen gebe und ob die Anzahl noch in Hinblick auf das verfügbare Personal und die zu erledigenden Aufgaben passe. Im Ergebnis gibt es 30 Standorte mit 150 aus Gebühren finanzierten zu unterhaltenden Gebäuden. Für diese Gebäude ist bis 2010 ein Sanierungsstau in Höhe von 11 Millionen Euro entstanden.

Es wurde sich die Frage gestellt, wem die Gebäude zukünftig gerecht werden müssen.

Es wurde veranlasst, Verwaltungsabläufe möglichst zu optimieren und zu eruieren, wie wirtschaftliche Abläufe funktionieren.

Im Resultat stellte sich heraus, dass der Standort „Waldfriedhof Blumenthal“ nicht mehr als Personalstandort erhalten bleibt. Die Gebäude sind für 50 Personen ausgelegt, werden zurzeit aber nur noch von 8 Gärtnern aus dem Bezirk und 4 Friedhofsgärtnern genutzt. Insgesamt gebe es 13 Standorte, in die 7 bis 8 Millionen Euro investiert werden, die über außerordentliche Veräußerungserlöse generiert werden.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen können bei Herrn Möhring eingesehen werden.

Im Fazit gibt es noch 470 gewerbliche Mitarbeiter, deren Menge nicht der betrieblichen Unterkünfte entspricht. Energieeinsparherrichtungen für die Gebäude sind finanziell nicht zu stemmen.

Frau Riegert sieht in dem Vortrag von Herrn Möhring die Menschen zu kurz gekommen. Die Zahl der Mitarbeiter habe sich auf 1/3 verkürzt, die Leistung pro Kopf aber erhöht. In Blumenthal sei diese spürbar, Sauberkeit und Pflege ließen zu wünschen übrig. Für sie bedeute das, dass das Management zu wünschen übrig lasse. Wenn Zuständigkeiten besser koordiniert werden würden, ließen sich Kosten einsparen. Zum Thema „Kosten sparen“ fragt Frau Riegert, ob die Eigenleistungen zu den Fremdleistungen wirklich gerechnet wurden.

Herr Schupp fragt sich, wenn die Finanzierung durch Verkäufe erfolge, was passiere, wenn die Ressourcen erschöpft seien.

Frau Krohne schließt sich Frau Riegert an. Mitarbeiter müssten aus Kränholm nach Aumund fahren, wenn sie ein WC nutzen wollten.

Herr Koch findet, Herr Möhring habe einen Rotstift-Vertrag zelebriert. Auch er schließt sich der Kritik, auch der der Bürger, an. Einen Standort für Bremen-Nord erachtet er als für zu dünn. Die Zentralisierung nehme immer mehr zu, Blumenthal dagegen nehme ab.

Auch Herr Schwarz sieht eine Verschlechterung für Blumenthal. 12 Mitarbeiter würden zukünftig hin und her fahren, seien damit jeweils eine Stunde unterwegs, was sich auf 12 Wochenstunden summieren würde, die wegfielen.

Er fragt, wann Blumenthal wieder einmal sauber gemacht und gepflegt wird. Wenn 1 Million Euro an Unterhaltung eingespart werden würde, sollte diese Einsparung bitte in Blumenthal für Personal und Pflege eingesetzt werden. Er lehnt das Konzept ab.

Herr Balz führt an, dass die Mülleimer auf dem Wanderweg am Deich durch Tüten ersetzt wurden. Eine Leerung koste 250 bis 300 Euro, damit sei viel Personal bezahlbar.

Herr Möhring erläutert noch einmal die Ziele des Konzepts. Wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ergriffen werden würden, dann würde man nur noch über Personaleinsparungen reden. Die eingesparte 1 Million Euro bezieht sich auf die Gesamtstadt. Die Menschen würden durchaus im Mittelpunkt stehen.

Es gebe zwei Zwänge: UBB arbeite in geringem Maße auf einer Gebühregrundlage, nämlich im Bereich der Friedhöfe. Alles andere sei Haushaltsfinanziert. Neben der finanziellen Notlage Bremens und der geforderten Personal-Einspar-Quote (PEP-Quote) gebe es zusätzliche Forderungen an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, denen aufgrund der Modernisierung und Konzeptentwicklung entsprochen werden könne. Klar sei, dass für das übergebene Budget versucht werde, das Optimale herauszuholen. Gestartet sei man hier mit der Baumpflege.

Selbst in ausgeglichenen Systemen bestehe über die PEP-Quote der Zwang der Einsparnotwendigkeit an Personal. Adressaten für Kritik seien demzufolge der Senat und die Vertreter des Betriebsausschusses. Dort müsse um ausgeglichene Leistung gerungen werden.

Die Gegenfinanzierung der Sanierung erfolge über Verkaufserlöse. Wenn man diese nicht selbst generiere, wäre gar nichts da. Herr Möhring verweist erneut auf die Haushaltsnotlage und derzeitige Haushaltssperre.

Wenn Wegekosten wie Toilettengänge alles wären, gebe es wenige Probleme. In der Zielfunktion gehe es um alle Bewertungen. Es müsse alles im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen belegt werden. Die Fahrtzeiten und das Wegstreckenkonzept enthielten Fahrten auch zu den Unterkünften (bis zu 6 am Tag). Für die Mitarbeiter seien auch die „Netten Toiletten“ nutzbar. Seit Juni 2015 ist Herr Möhring auch für dieses Konzept verantwortlich. Dazu habe es ein Budget von 200.00,00 Euro gegeben.

Herr Pfaff wirft Herrn Möhring vor, die Menschen nicht zu sehen. In den 200.000 Euro seien keine Bereisungen vorhanden, es gebe keine neue Belegung des Konzeptes – im Gegenteil gebe es massive Einsparungen für die „nette Toilette“. Die Fahrten der Mitarbeiter bedeuteten im Zusammenhang nicht mehr als bereits jetzt. Es müsse eine Tourenplanung entwickelt werden.

Frau Krohne fragt sich, wann die Mitarbeiter noch arbeiten würden, wenn sie 5 bis 6 mal täglich fort zum WC-Gang seien.

Herr Nowack schlägt vor, das Thema eventuell im Sprecherausschuss weiter zu behandeln und Herrn Möhring dazu einzuladen. Damit sind alle einverstanden.

#### **TOP 8: Änderung Geschäftsordnung – Beschlussfassung**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt Herr Nowack vor, da die TOP 8, 9 und 10 vorbesprochen seien, diese zusammen abzuhandeln.

Herr Koch widerspricht und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Tagesordnung vernünftig und ordnungsgemäß abzuarbeiten.

Die Geschäftsordnung, die am 06.07.2015 beschlossen worden sei, sei in den zwischenzeitlich korrigierten Exemplaren nicht wieder zu finden. Herr Koch weist auf einige Fehler hin, bittet, dies zu prüfen und erneut vorzulegen.

Frau Reimers-Bruns beantragt, den TOP in die nächste Beiratssitzung zu vertagen. Damit sind alle einverstanden.

#### **TOP 9: Verkehrskonzept Blumenthal – Beschlussfassung**

Zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag wurde verabredet, dass jede Fraktion vor Abstimmung noch die Möglichkeit zu einem Redebeitrag bekommt.

Herr Pfeiff wünscht zu Variante 2 noch folgende Ergänzungen:

- Begrenzung auf 20 km/h auch für die Kapitän-Dallmann-Straße, Mühlenstraße und Fresenbergstraße, jedoch kein Wechsel des Straßenbelages
- Prüfauftrag zur Ermöglichung einer Durchfahrt hinter dem Nordenholz-Gebäude
- Prüfauftrag zur weiteren Stauentwicklung aufgrund der Tempobegrenzung auf der Linksabbiegerspur in Höhe Müllerloch

Frau Krohne erklärt, die Fraktion Die Linke spreche sich gegen das Verkehrskonzept aus. Schon im Wahlkampf habe man deutlich gemacht, gegen eine Marktplatzöffnung zu sein. Man wisse immer noch nicht, wie es insgesamt weiter gehen solle. Es sei zwar kein Gesamtkonzept vorhanden, trotzdem sollen mit der Verkehrslenkung Tatsachen geschaffen werden. Die abführenden Straßen seien für den Verkehr nicht mehr ausgelegt, nachdem sie im Zuge der Marktplatzschließung vor 30 Jahren beruhigt worden seien. Auch die Aufpflasterung der Landrat-Christians-Straße mit gleichzeitiger Geschwindigkeitsreduzierung auf 20 km/h wird kritisch gesehen und es wird befürchtet, dass die Autofahrer die Gegend meiden und umfahren und damit die Geschäfte am Müllerloch ausgebremst werden. Sinnvoll sei es, das Konzept vorher mit Baken und Zäunen für 3 Monate auszuprobieren.



Frau Krohne meint, da sich SPD und CDU einig seien, wisse man, wie abgestimmt werden wird. Ein Beschluss von vor 30 Jahren solle umgekehrt werden, weil es inzwischen zu ruhig geworden sei.

Herr Thormeier akzeptiert die Prüfvorschläge der SPD. An Frau Krohne gewandt stimmt er zu, dass die Sache mit der Landrat-Christians-Straße durchaus zu prüfen sei, nicht das ein Problem für die Geschäfte am Müllerloch geschaffen werden. Vielleicht könne der Antrag von Herrn Pfeiff dahingehend erweitert werden.

Herr Koch verliert die Begründung des vorliegenden gemeinsamen Antrags von den Linken, Grünen und FDP. Die Öffnung des Markplatzes wird missbilligt, weil sie nicht begründet sei, sondern lediglich einer gewissen Lobby geschuldet.

Mehr Verkehr bedeutet nicht mehr Umsatz, aber weniger Aufenthaltsqualität auf dem Marktplatz. Zudem entstehe ein Schlupfloch für die Fahrer nach Lüssum.

Er sei für die Variante 2 minus einer Marktplatzdurchquerung.

Herr Balz betrachtet eine Marktplatzöffnung ebenfalls kritisch und spricht sich auch für die Variante 2 minus einer Marktplatzdurchquerung aus. Er sieht kein Konzept, wie die Lebensqualität angehoben werden soll. Die Vorhaben Kita, Ärztehaus etc. seien nicht in trockenen Tüchern. Die Tempo-Reduzierung halte er für unmöglich. Er spricht sich dafür aus, noch keinen Beschluss zu fassen, da auch der Haushalt erst im Mai 2016 beschlossen werde.

Bürger H führt an, dass ein Gutachten aus 2011 nicht mehr richtig sein könne, wenn dort ein Durchsatz von 8.000 Fahrzeugen pro Tag angegeben werde. Als Geschäftsführer eines am Müllerloch ansässigen Geschäfts sieht er dort allein 5.200 Autos täglich über den Parkplatz fahren. Er befürchtet, dass viele Kunden von außerhalb nicht mehr kommen werden, wenn sie mit 20 km/h die Straße lang schleichen müssten und nicht überholen könnten. Wenn diese Kunden fehlen würden, müssten die Geschäfte leider die Zahl der Mitarbeiter kürzen. Er bittet, dies zu bedenken. Er würde die Varianten 1 und 2 komplett ausklammern und ein neues Gutachten in Auftrag geben.

Herr Pfeiff erwidert, es werde noch ein Planungsauftrag erteilt, der auch das Blumenthaler Zentrum im Auge habe. Es gebe zudem noch Anhörungen und weitere Einflussmöglichkeiten zum Verkehrskonzept, jetzt sollten nur die Planungen abgestimmt werden.

Herr Koch meint, mit dem Beitrag von Bürger H habe man mögliche Auswirkungen von kompetenter Stelle gehört, diese sollten zu denken geben. Er möchte Zeit zum Überdenken für mindestens eine weitere Beiratsrunde und beantragt vorsorglich eine geheime Abstimmung.

Frau Krohne erklärt, Bürger H habe ihre Befürchtungen bestätigt.

Herr Thormeier meint, das sei genau der Punkt, man würde über die Planung einer Variante mit Prüfaufträgen beschließen, nicht aber über Details der Ausführung. Es gehe nur darum, dies auf den Weg zu bringen.

Da die Variante 2 die am weitest gehende ist, wird über den dazugehörigen Beschlussvorschlag mit Prüfaufträgen abgestimmt.

Es werden Stimmzettel verteilt.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Beschlussvorschlag mit Prüfaufträgen ist damit angenommen.

Die weiter vorliegenden Anträge sind damit hinfällig.

## **TOP 10: Änderung von Schuleinzugsgrenzen – Beschlussfassung**

Über die vorgeschlagene Änderung von Schuleinzugsgrenzen wird abgestimmt.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.  
Der Änderung wird damit zugestimmt.

#### **TOP 11: Anfragen und Anträge der Parteien**

- a) **BiW – Antrag zur Kaserne Schwanewede**
- b) **Die Linke – Anfrage zum autofreien Sonntag**
- c) **CDU – Antrag für eine Fußgängersignalanlage vor der Kita Farge-Rekum**
- d) **CDU – Antrag Lichtsignalanlage an der Kreuzung Kreinsloger/ Eggestedter Straße/ Ermlandstraße**
- e) **Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und FDP Verurteilung Brandanschlag**
- f) **BIW – (Dringlichkeits-) Antrag: Distanzierung des Beirats von radikalen Formationen**
- g) **Die Linke – Antrag: Verkehrskonzept abführende Straßen**
- h) **Bündnis 90/Die Grünen – FDP – Die Linke: Gemeinsamer Antrag zum Verkehrskonzept**

##### a. BiW – Antrag zur Kaserne Schwanewede

Herr Balz erklärt, der Antrag wurde eingereicht, weil es einen größeren Zuzug von Flüchtlingen in der Kreinsloger und in Lobbendorf gebe. Ärzte würden die Flüchtlinge zurzeit auf Impfungen prüfen und auf Anzeichen auf Krankheiten, die aus Afrika eingeschleppt würden. Die Unterkunft in Schwanewede berge durch mitgebrachte Krankheiten auch Risiken für Blumenthaler Bürger. Deswegen müsse man es gemeinsam schaffen, dass mit Schwanewede zusammengearbeitet werde.

Herr Koch fragt den Ortsamtsleiter, ob so etwas auf Beiratsebene überhaupt möglich sei.

Herr Nowack erwidert, dass dies nicht möglich sei. Der Beirat habe eine völlig andere Aufgabe als der Schwaneweder Gemeinderat. Dieser sei Haushaltsgesetzgeber, eine Zusammenarbeit müsse zwischen der Stadtbürgerschaft und dem Gemeinderat erfolgen.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.  
Der Antrag ist damit abgelehnt.

##### b. Die Linke – Anfrage zum autofreien Sonntag

Nach kurzer Klärung einer Verständnisfrage von Herrn Koch wird über die Anfrage abgestimmt.

Ergebnis: 4 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.  
Der Anfrage wird damit zugestimmt.

##### c. CDU – Antrag für eine Fußgängersignalanlage vor der Kita Farge-Rekum

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.  
Der Antrag ist damit angenommen.

##### d. CDU – Antrag Lichtsignalanlage an der Kreuzung Kreinsloger/ Eggestedter Straße/ Ermlandstraße

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.  
Der Antrag ist damit angenommen.

##### e. Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und FDP Verurteilung Brandanschlag

Erledigt unter TOP 5.

f. BIW – (Dringlichkeits-) Antrag: Distanzierung des Beirats von radikalen Formationen  
Erledigt unter TOP 5.

g. Die Linke – Antrag: Verkehrskonzept abführende Straßen

Frau Krohne erläutert kurz den Antrag.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nach der Feststellung der Ablehnung ist zu hören, wie Frau Krohne „Arschlöcher“ sagt.

Herr Nowack rügt Frau Krohne für diese Beleidigung der Beiratsmitglieder.

Frau Krohne entschuldigt sich und meint, Herr Nowack habe sie wohl falsch verstanden.

h. Bündnis 90/Die Grünen – FDP – Die Linke: Gemeinsamer Antrag zum Verkehrskonzept  
Hinfällig mit der Abstimmung unter TOP 9.

**TOP 12: Verschiedenes**

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

13. 10. ab 16:00 Uhr Stadtteilgruppe Lüssum im Haus der Zukunft in der Lüssumer Heide

Ab 16.10. Bremer Freimarkt

26.10. 18:30 Uhr öffentliche Sitzung des Ausschusses Tanklager Farge – Ort noch offen

08. 11. Eröffnung Denkort „Bunker Valentin“

09. 11. 19:00 Uhr öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Straße u.a. mit dem  
Globalmittel-Restvergabe

Herr Nowack beendet die Beiratssitzung um 22.45 Uhr.

gez. Nowack

gez. Reimers-Bruns-Bruns

gez. Rohde

\_\_\_\_\_  
Vorsitz

\_\_\_\_\_  
Beiratssprecherin

\_\_\_\_\_  
Protokoll

Anlagen

Präsentation „Starkregen und die Folgen“

Präsentation „Standortkonzept UBB“

Beschluss Verkehrskonzept